

Inhalt

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Abschnitt 1 – Allgemeiner Teil	28
§ 1 Ziel des Gesetzes	28
§ 2 Anwendungsbereich	28
§ 3 Begriffsbestimmungen	28
§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe	29
§ 5 Positive Maßnahmen	29
Abschnitt 2 – Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung	29
Unterabschnitt 1 – Verbot der Benachteiligung	29
§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich	29
§ 7 Benachteiligungsverbot	30
§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen	30
§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung	30
§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters	30
Unterabschnitt 2 – Organisationspflichten des Arbeitgebers	31
§ 11 Ausschreibung	31
§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers	31
Unterabschnitt 3 – Rechte der Beschäftigten	32
§ 13 Beschwerderecht	32
§ 14 Leistungsverweigerungsrecht	32
§ 15 Entschädigung und Schadensersatz	32
§ 16 Maßregelungsverbot	32
Unterabschnitt 4 – Ergänzende Vorschriften	33
§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten	33
§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen	33
Abschnitt 3 – Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr	33
§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot	33
§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung	34
§ 21 Ansprüche	34
Abschnitt 4 – Rechtsschutz	35
§ 22 Beweislast	35
§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände	35
Abschnitt 5 – Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
Abschnitt 6 – Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Unabhängige Bundesbeauftragte oder Unabhängiger Bundesbeauftragter für Antidiskriminierung	35
§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes	35
§ 26 Wahl der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Anforderungen	36
§ 26a Rechtsstellung der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26b Amtszeit der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26c Beginn und Ende des Amtsverhältnisses der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Amtseid	36
§ 26d Unerlaubte Handlungen und Tätigkeiten der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26e Verschwiegenheitspflicht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26f Zeugnisverweigerungsrecht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	38

§ 26g	Anspruch der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung auf Amtsbezüge, Versorgung und auf andere Leistungen.....	38
§ 26h	Verwendung der Geschenke an die Unabhängige Bundesbeauftragte oder den Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	39
§ 26i	Berufsbeschränkung.....	39
§ 27	Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.....	39
§ 28	Amtsbefugnisse der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung und Pflicht zur Unterstützung durch Bundesbehörden und öffentliche Stellen des Bundes	40
§ 29	Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen	40
§ 30	Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.....	40
	Abschnitt 7 – Schlussvorschriften.....	41
§ 31	Unabdingbarkeit	41
§ 32	Schlussbestimmung	41
§ 33	Übergangsbestimmungen.....	41

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b	Klage wegen Benachteiligung	44
-------	-----------------------------------	----

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

	Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften	46
§ 1	Zweck des Gesetzes.....	46
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	46
	Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten.....	46
§ 3	Arbeitszeit der Arbeitnehmer	46
§ 4	Ruhepausen.....	46
§ 5	Ruhezeit	46
§ 6	Nacht- und Schichtarbeit	47
§ 7	Abweichende Regelungen	47
§ 8	Gefährliche Arbeiten	49
	Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe	49
§ 9	Sonn- und Feiertagsruhe	49
§ 10	Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	49
§ 11	Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	51
§ 12	Abweichende Regelungen	51
§ 13	Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung	51
	Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen	52
§ 14	Außergewöhnliche Fälle	52
§ 15	Bewilligung, Ermächtigung	53
	Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	54
§ 16	Aushang und Arbeitszeitnachweise	54
§ 17	Aufsichtsbehörde	54
	Sechster Abschnitt – Sonderregelungen	55
§ 18	Nichtanwendung des Gesetzes	55
§ 19	Beschäftigung im öffentlichen Dienst	55
§ 20	Beschäftigung in der Luftfahrt	55
§ 21	Beschäftigung in der Binnenschifffahrt	55
§ 21a	Beschäftigung im Straßenverkehr	56
	Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften	57
§ 22	Bußgeldvorschriften	57

§ 23	Strafvorschriften.....	57
	Achter Abschnitt – Schlussvorschriften	57
§ 24	Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG	57
§ 25	Übergangsvorschriften für Tarifverträge.....	57

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a	Arbeitsvertrag	60
§ 612	Vergütung.....	60
§ 612a	Maßregelungsverbot	60

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

	Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften	62
§ 1	Geltungsbereich	62
§ 2	Kind, Jugendlicher.....	62
§ 3	Arbeitgeber	62
§ 4	Arbeitszeit	62
	Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern	62
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern.....	62
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen	63
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern	64
	Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher	64
	Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit	64
§ 8	Dauer der Arbeitszeit	64
§ 9	Berufsschule	64
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen	65
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume	65
§ 12	Schichtzeit.....	65
§ 13	Tägliche Freizeit.....	65
§ 14	Nachtruhe	65
§ 15	Fünf-Tage-Woche	66
§ 16	Samstagsruhe.....	66
§ 17	Sonntagsruhe	67
§ 18	Feiertagsruhe.....	67
§ 19	Urlaub	67
§ 20	Binnenschifffahrt.....	68
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen	68
§ 21a	Abweichende Regelungen	69
§ 21b	Ermächtigung.....	69
	Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen	69
§ 22	Gefährliche Arbeiten	69
§ 23	Akkordarbeit, tempoaabhängige Arbeiten	70
§ 24	Arbeiten unter Tage	70
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen.....	71
§ 26	Ermächtigungen	71
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen.....	71
	Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers	72
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit	72
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	72
§ 29	Unterweisung über Gefahren.....	72
§ 30	Häusliche Gemeinschaft.....	73
§ 31	Züchtigungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	73

Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung	73
§ 32 Erstuntersuchung	73
§ 33 Erste Nachuntersuchung	73
§ 34 Weitere Nachuntersuchungen	74
§ 35 Außerordentliche Nachuntersuchung	74
§ 36 Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers	74
§ 37 Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen	74
§ 38 Ergänzungsuntersuchung	74
§ 39 Mitteilung, Bescheinigung	74
§ 40 Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk	75
§ 41 Aufbewahrung der ärztlichen Bescheinigungen	75
§ 42 Eingreifen der Aufsichtsbehörde	75
§ 43 Freistellung für Untersuchungen	75
§ 44 Kosten der Untersuchungen	75
§ 45 Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte	75
§ 46 Ermächtigungen	75
Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	76
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse	76
§ 47 Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde	76
§ 48 Aushang über Arbeitszeit und Pausen	76
§ 49 Verzeichnisse der Jugendlichen	76
§ 50 Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse	76
Zweiter Titel – Aufsicht	77
§ 51 Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht	77
§ 52 (weggefallen)	77
§ 53 Mitteilung über Verstöße	77
§ 54 Ausnahmebewilligungen	77
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz	77
§ 55 Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz	77
§ 56 Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde	78
§ 57 Aufgaben der Ausschüsse	78
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften	79
§ 58 Bußgeld- und Strafvorschriften	79
§ 59 Bußgeldvorschriften	81
§ 60 Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	81
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften	81
§ 61 Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen	81
§ 62 Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung	82
§§ 63–70 (weggefallen)	82
§ 71 (aufgehoben)	82
§ 72 Inkrafttreten	82
Ladenschlussgesetz – LadSchG	
Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen	84
§ 1 Verkaufsstellen	84
§ 2 Begriffsbestimmungen	84
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten	84
§ 3 Allgemeine Ladenschlusszeiten	84
§ 4 Apotheken	84
§ 5 Zeitungen und Zeitschriften	84
§ 6 Tankstellen	85

§ 7	(weggefallen)85
§ 8	Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen85
§ 9	Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen.....	.85
§ 10	Kur- und Erholungsorte86
§ 11	Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen.....	.86
§ 12	Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen86
§ 13	(weggefallen)86
§ 14	Weitere Verkaufssonstage86
§ 15	Sonntagsverkauf am 24. Dezember87
§ 16	(weggefallen)87
Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer87
§ 17	Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen87
Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbezweige und für den Marktverkehr88
§§ 18 und 18a	(weggefallen)88
§ 19	Marktverkehr88
§ 20	Sonstiges gewerbliches Feilhalten88
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes89
§ 21	Auslage des Gesetzes, Verzeichnisse89
§ 22	Aufsicht und Auskunft89
§ 23	Ausnahmen im öffentlichen Interesse89
Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten90
§ 24	Ordnungswidrigkeiten90
§ 25	Straftaten90
§ 26	(weggefallen)90
Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen91
§ 27	Vorbehalt für die Landesgesetzgebung91
§ 28	Bestimmung der zuständigen Behörden91
§§ 29 und 30 (weggefallen)91
§ 31	(Inkrafttreten, Außerkrafttreten)91
Mutterschutzgesetz – MuSchG		
Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften94
§ 1	Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes94
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	.94
Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz95
Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz95
§ 3	Schutzfristen vor und nach der Entbindung95
§ 4	Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit.....	.96
§ 5	Verbot der Nacharbeit.....	.96
§ 6	Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit.....	.97
§ 7	Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen.....	.97
§ 8	Beschränkung von Heimarbeit97
Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz.....		.98
§ 9	Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung98
§ 10	Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen99
§ 11	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen99
§ 12	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen101
§ 13	Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot102
§ 14	Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber103
§ 15	Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen103

Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz	103
§ 16 Ärztliches Beschäftigungsverbot.....	103
Abschnitt 3 – Kündigungsschutz	103
§ 17 Kündigungsverbot.....	103
Abschnitt 4 – Leistungen.....	104
§ 18 Mutterschutzlohn	104
§ 19 Mutterschaftsgeld	104
§ 20 Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	105
§ 21 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts.....	105
§ 22 Leistungen während der Elternzeit.....	106
§ 23 Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	106
§ 24 Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten.....	106
§ 25 Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots.....	106
Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes.....	106
§ 26 Aushang des Gesetzes	106
§ 27 Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen	106
§ 28 Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr	107
§ 29 Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht.....	108
§ 30 Ausschuss für Mutterschutz.....	109
§ 31 Erlass von Rechtsverordnungen	110
Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften	110
§ 32 Bußgeldvorschriften.....	110
§ 33 Strafvorschriften.....	111
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften	111
§ 34 Evaluationsbericht	111

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....	114
§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich	114
§ 2 Begriffsbestimmungen	114
Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers	114
§ 3 Grundpflichten des Arbeitgebers	114
§ 4 Allgemeine Grundsätze	115
§ 5 Beurteilung der Arbeitsbedingungen	115
§ 6 Dokumentation.....	115
§ 7 Übertragung von Aufgaben.....	116
§ 8 Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber.....	116
§ 9 Besondere Gefahren.....	116
§ 10 Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen	116
§ 11 Arbeitsmedizinische Vorsorge	117
§ 12 Unterweisung.....	117
§ 13 Verantwortliche Personen	117
§ 14 Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes	118
Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten	118
§ 15 Pflichten der Beschäftigten	118
§ 16 Besondere Unterstützungspflichten	118
§ 17 Rechte der Beschäftigten	118
Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen.....	119
§ 18 Verordnungsermächtigungen.....	119
§ 19 Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen	119

§ 20	Regelungen für den öffentlichen Dienst.....	120
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	120	
§ 20a	Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	120
§ 20b	Nationale Arbeitsschutzkonferenz.....	121
Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften	121	
§ 21	Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung.....	121
§ 22	Befugnisse der zuständigen Behörden	123
§ 23	Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht, Bundesfachstelle.....	124
§ 24	Ermächtigung zum Erlaß von allgemeinen Verwaltungsvorschriften	125
§ 24a	Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit.....	125
§ 25	Bußgeldvorschriften.....	126
§ 26	Strafvorschriften.....	126

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1	Ziel, Anwendungsbereich	130
§ 2	Begriffsbestimmungen	130
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	132
§ 3a	Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	132
§ 4	Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten	133
§ 5	Nichtraucherschutz	133
§ 6	Unterweisung der Beschäftigten	134
§ 7	Ausschuss für Arbeitsstätten	134
§ 8	Übergangsvorschriften.....	135
§ 9	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	135
Anhang	136

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	152	
§ 1	Anwendungsbereich und Zielsetzung.....	152
§ 2	Begriffsbestimmungen	152
Abschnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen	153	
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	153
§ 4	Grundpflichten des Arbeitgebers	155
§ 5	Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel.....	156
§ 6	Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	157
§ 7	Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	157
§ 8	Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Ingangsetzen und Stillsetzen	158
§ 9	Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	159
§ 10	Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln	160
§ 11	Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle.....	161
§ 12	Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten	162
§ 13	Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber	163
§ 14	Prüfung von Arbeitsmitteln	163
Abschnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen	164	
§ 15	Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen	164
§ 16	Wiederkehrende Prüfung.....	165
§ 17	Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen.....	165
§ 18	Erlaubnispflicht	166
Abschnitt 4 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit	168	
§ 19	Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen	168
§ 20	Sonderbestimmungen für überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes	169
§ 21	Ausschuss für Betriebssicherheit	169

Abschnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften	170
§ 22 Ordnungswidrigkeiten	170
§ 23 Straftaten	172
§ 24 Übergangsvorschriften	172
Bundesdatenschutzgesetz – BDSG	
Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen	176
Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	176
§ 1 Anwendungsbereich des Gesetzes	176
§ 2 Begriffsbestimmungen	177
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	177
§ 3 Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	177
§ 4 Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	177
Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen	178
§ 5 Benennung	178
§ 6 Stellung	178
§ 7 Aufgaben	179
Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	180
§ 8 Errichtung	180
§ 9 Zuständigkeit	180
§ 10 Unabhängigkeit	180
§ 11 Ernennung und Amtszeit	180
§ 12 Amtsverhältnis	181
§ 13 Rechte und Pflichten	182
§ 14 Aufgaben	183
§ 15 Tätigkeitsbericht	184
§ 16 Befugnisse	184
Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	185
§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle	185
§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder	186
§ 19 Zuständigkeiten	186
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe	187
§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz	187
§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission	187
Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679	188
Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	188
Abschnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken	188
§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	188
§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen	189
§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen	190
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	190
Abschnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen	191
§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses	191
§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	192
§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken	193

§ 29	Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten	193
§ 30	Verbraucherkredite	194
§ 31	Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften	194
Kapitel 2 – Rechte der betroffenen Person		195
§ 32	Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person	195
§ 33	Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	196
§ 34	Auskunftsrecht der betroffenen Person	197
§ 35	Recht auf Löschung	197
§ 36	Widerspruchsrecht	198
§ 37	Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling	198
Kapitel 3 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter		198
§ 38	Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen	198
§ 39	Akkreditierung	199
Kapitel 4 – Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen		199
§ 40	Aufsichtsbehörden der Länder	199
Kapitel 5 – Sanktionen		200
§ 41	Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	200
§ 42	Strafvorschriften	200
§ 43	Bußgeldvorschriften	201
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe		201
§ 44	Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	201
Teil 3 – Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680		201
Kapitel 1 – Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten		201
§ 45	Anwendungsbereich	201
§ 46	Begriffsbestimmungen	202
§ 47	Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	204
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten		204
§ 48	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	204
§ 49	Verarbeitung zu anderen Zwecken	204
§ 50	Verarbeitung zu archivarischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken	205
§ 51	Einwilligung	205
§ 52	Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen	205
§ 53	Datengeheimnis	205
§ 54	Automatisierte Einzelentscheidung	205
Kapitel 3 – Rechte der betroffenen Person		206
§ 55	Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen	206
§ 56	Benachrichtigung betroffener Personen	206
§ 57	Auskunftsrecht	206
§ 58	Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung	208
§ 59	Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	209
§ 60	Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	209
§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	209
Kapitel 4 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter		210
§ 62	Auftragsverarbeitung	210
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	211

§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	211
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	212
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	213
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	214
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	214
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	214
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	215
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	216
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen	216
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	217
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	217
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	217
§ 76	Protokollierung	217
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	218
Kapitel 5 – Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen		218
§ 78	Allgemeine Voraussetzungen	218
§ 79	Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	219
§ 80	Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	219
§ 81	Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	220
Kapitel 6 – Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden		220
§ 82	Gegenseitige Amtshilfe	220
Kapitel 7 – Haftung und Sanktionen		221
§ 83	Schadensersatz und Entschädigung	221
§ 84	Strafvorschriften	221
Teil 4 – Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten		221
§ 85	Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	221
§ 86	Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen	222

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1 – Elterngeld		224
§ 1	Berechtigte	224
§ 2	Höhe des Elterngeldes	225
§ 2a	Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag	226
§ 2b	Bemessungszeitraum	227
§ 2c	Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit	228
§ 2d	Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	228
§ 2e	Abzüge für Steuern	229
§ 2f	Abzüge für Sozialabgaben	230
§ 3	Anrechnung von anderen Einnahmen	230
§ 4	Bezugsdauer, Anspruchsumfang	231
§ 4a	Berechnung von Basiselterngeld und Elterngeld Plus	233
§ 4b	Partnerschaftsbonus	233
§ 4c	Alleiniger Bezug durch einen Elternteil	233
§ 4d	Weitere Berechtigte	234
Abschnitt 2 – Verfahren und Organisation		234
§ 5	Zusammentreffen von Ansprüchen	234
§ 6	Auszahlung	234
§ 7	Antragstellung	234
§ 8	Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen	235

§ 9	Einkommens- und Arbeitszeitnachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers	235
§ 10	Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	236
§ 11	Unterhaltpflichten	236
§ 12	Zuständigkeit; Bewirtschaftung der Mittel	237
§ 13	Rechtsweg	237
§ 14	Bußgeldvorschriften.....	237
Abschnitt 3 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		237
§ 15	Anspruch auf Elternzeit	237
§ 16	Inanspruchnahme der Elternzeit.....	239
§ 17	Urlaub.....	240
§ 18	Kündigungsschutz.....	240
§ 19	Kündigung zum Ende der Elternzeit	241
§ 20	Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte.....	241
§ 21	Befristete Arbeitsverträge.....	241
Abschnitt 4 – Statistik und Schlussvorschriften		242
§ 22	Bundesstatistik	242
§ 23	Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt	243
§ 24	Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt.....	243
§ 24a	Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt	243
§ 24b	Elektronische Unterstützung bei der Antragstellung	244
§ 25	Datenübermittlung durch Standesämter	244
§ 26	Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches	244
§ 27	Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie	244
§ 28	Übergangsvorschrift.....	245

Bundesurlaubsgesetz – BUrlG

§ 1	Urlaubsanspruch	248
§ 2	Geltungsbereich	248
§ 3	Dauer des Urlaubs	248
§ 4	Wartezeit.....	248
§ 5	Teilurlaub	248
§ 6	Ausschluß von Doppelansprüchen	248
§ 7	Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs.....	248
§ 8	Erwerbstätigkeit während des Urlaubs.....	249
§ 9	Erkrankung während des Urlaubs.....	249
§ 10	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	249
§ 11	Urlaubsentgelt	249
§ 12	Urlaub im Bereich der Heimarbeit	249
§ 13	Unabdingbarkeit	250
§ 14	Berlin-Klausel	250
§ 15	Änderung und Aufhebung von Gesetzen	251
§ 15a	Übergangsvorschrift.....	251
§ 16	Inkrafttreten	251

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntgFG

§ 1	Anwendungsbereich	254
§ 2	Entgeltzahlung an Feiertagen	254
§ 3	Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall.....	254
§ 3a	Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutzustammzellen oder anderen Blutbestandteilen.....	254
§ 4	Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	255
§ 4a	Kürzung von Sondervergütungen	255
§ 5	Anzeige- und Nachweispflichten	256

§ 6	Forderungsübergang bei Dritthaftung	256
§ 7	Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	257
§ 8	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	257
§ 9	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation.....	257
§ 10	Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit.....	257
§ 11	Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten	258
§ 12	Unabdingbarkeit.....	259
§ 13	Übergangsvorschrift.....	259

Familienpflegezeitgesetz – FPfZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	262
§ 2	Familienpflegezeit.....	262
§ 2a	Inanspruchnahme der Familienpflegezeit.....	262
§ 2b	Erneute Familienpflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	263
§ 3	Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung	264
§ 4	Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	264
§ 5	Ende der Förderfähigkeit.....	265
§ 6	Rückzahlung des Darlehens.....	265
§ 7	Härtefallregelung.....	265
§ 8	Antrag auf Förderung.....	266
§ 9	Darlehensbescheid und Zahlweise.....	266
§ 10	Antrag und Nachweis in weiteren Fällen	267
§ 11	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	267
§ 12	Bußgeldvorschriften.....	267
§ 13	Aufbringung der Mittel	268
§ 14	Beirat.....	268
§ 15	Übergangsvorschrift.....	268
§ 16	(aufgehoben)	268

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen		270
§ 1	Zielsetzung und Anwendungsbereich	270
§ 2	Begriffsbestimmungen	270
Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation		273
§ 3	Gefahrenklassen	273
§ 4	Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung	274
§ 5	Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten.....	275
Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten		275
§ 6	Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung.....	275
§ 7	Grundpflichten.....	279
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen		280
§ 8	Allgemeine Schutzmaßnahmen	280
§ 9	Zusätzliche Schutzmaßnahmen.....	282
§ 10	Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen und reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A und 1B	283
§ 11	Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen	284
§ 12	(weggefallen)	284
§ 13	Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	284
§ 14	Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten	285
§ 15	Zusammenarbeit verschiedener Firmen	287

Abschnitt 4a – Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten einschließlich der Begasung sowie an Begasungen mit Pflanzenschutzmitteln	287
§ 15a Verwendungsbeschränkungen.....	287
§ 15b Allgemeine Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten	288
§ 15c Besondere Anforderungen an die Verwendung bestimmter Biozid-Produkte	288
§ 15d Besondere Anforderungen bei Begasungen	289
§ 15e Ergänzende Dokumentationspflichten	290
§ 15f Anforderungen an den Umgang mit Transporteinheiten.....	290
§ 15g Besondere Anforderungen an Begasungen auf Schiffen.....	291
§ 15h Ausnahmen von Abschnitt 4a	291
Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen	292
§ 16 Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	292
§ 17 Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	292
Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe	292
§ 18 Unterrichtung der Behörde.....	292
§ 19 Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse.....	293
§ 19a Anerkennung ausländischer Qualifikationen	294
§ 20 Ausschuss für Gefahrstoffe	294
Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Übergangsvorschriften	295
§ 21 Chemikaliengesetz – Anzeigen	295
§ 22 Chemikaliengesetz – Tätigkeiten	295
§ 23 (wegefallen)	297
§ 24 Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	297
§ 25 Übergangsvorschrift	398

Geschäftsgeheimnisschutzgesetz – GeschGehG

Abschnitt 1 – Allgemeines	300
§ 1 Anwendungsbereich	300
§ 2 Begriffsbestimmungen	300
§ 3 Erlaubte Handlungen	300
§ 4 Handlungsverbote	301
§ 5 Ausnahmen	301
Abschnitt 2 – Ansprüche bei Rechtsverletzungen	301
§ 6 Beseitigung und Unterlassung	301
§ 7 Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt	302
§ 8 Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadensersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht	302
§ 9 Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	302
§ 10 Haftung des Rechtsverletzers	302
§ 11 Abfindung in Geld	303
§ 12 Haftung des Inhabers eines Unternehmens	303
§ 13 Herausgabeanspruch nach Eintritt der Verjährung	303
§ 14 Missbrauchsverbot	303
Abschnitt 3 – Verfahren in Geschäftsgeheimnissstreitsachen	303
§ 15 Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung	303
§ 16 Geheimhaltung.....	304
§ 17 Ordnungsmittel.....	304
§ 18 Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens	304
§ 19 Weitere gerichtliche Beschränkungen.....	304
§ 20 Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16 bis 19.....	305
§ 21 Bekanntmachung des Urteils	305
§ 22 Streitwertbegünstigung.....	306

Abschnitt 4 – Strafvorschriften	306
§ 23 Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	306

Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften	310
§ 1 Zielsetzung und persönlicher Anwendungsbereich	310
§ 2 Sachlicher Anwendungsbereich	310
§ 3 Begriffsbestimmungen	312
§ 4 Verhältnis zu sonstigen Bestimmungen	313
§ 5 Vorrang von Sicherheitsinteressen sowie Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	314
§ 6 Verhältnis zu sonstigen Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	315
Abschnitt 2 – Meldungen	316
Unterabschnitt 1 – Grundsätze	316
§ 7 Wahlrecht zwischen interner und externer Meldung	316
§ 8 Vertraulichkeitsgebot	316
§ 9 Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot	317
§ 10 Verarbeitung personenbezogener Daten	318
§ 11 Dokumentation der Meldungen	318
Unterabschnitt 2 – Interne Meldungen	319
§ 12 Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen	319
§ 13 Aufgaben der internen Meldestellen	319
§ 14 Organisationsformen interner Meldestellen	320
§ 15 Unabhängige Tätigkeit; notwendige Fachkunde	320
§ 16 Meldekanäle für interne Meldestellen	320
§ 17 Verfahren bei internen Meldungen	321
§ 18 Folgemaßnahmen der internen Meldestelle	321
Unterabschnitt 3 – Externe Meldestellen	321
§ 19 Errichtung und Zuständigkeit einer externen Meldestelle des Bundes	321
§ 20 Errichtung und Zuständigkeit externer Meldestellen der Länder	322
§ 21 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als externe Meldestelle	322
§ 22 Bundeskartellamt als externe Meldestelle	322
§ 23 Weitere externe Meldestellen	322
§ 24 Aufgaben der externen Meldestellen	322
§ 25 Unabhängige Tätigkeit; Schulung	323
§ 26 Berichtspflichten der externen Meldestellen	323
Unterabschnitt 4 – Externe Meldungen	323
§ 27 Meldekanäle für externe Meldestellen	323
§ 28 Verfahren bei externen Meldungen	324
§ 29 Folgemaßnahmen der externen Meldestellen	324
§ 30 Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen	325
§ 31 Abschluss des Verfahrens	325
Abschnitt 3 – Offenlegung	326
§ 32 Offenlegen von Informationen	326
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	326
§ 33 Voraussetzungen für den Schutz hinweisgebender Personen	326
§ 34 Weitere geschützte Personen	326
§ 35 Ausschluss der Verantwortlichkeit	327
§ 36 Verbot von Repressalien; Beweislastumkehr	327
§ 37 Schadensersatz nach Repressalien	327
§ 38 Schadensersatz nach einer Falschmeldung	327
§ 39 Verbot abweichender Vereinbarungen	328

Abschnitt 5 – Sanktionen	328
§ 40 Bußgeldvorschriften	328
Abschnitt 6 – Schlussvorschriften	328
§ 41 Verordnungsermächtigung	328
§ 42 Übergangsregelung	328

Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV

§ 1 Beschäftigungsverbot	330
§ 2 Zulässige Beschäftigungen	330
§ 3 Behördliche Befugnisse	330
§ 4 Inkrafttreten	330

Kündigungsschutzgesetz – KSchG

Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz	332
§ 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen	333
§ 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung	333
§ 2 Änderungskündigung	333
§ 3 Kündigungseinspruch	333
§ 4 Anrufung des Arbeitsgerichts	333
§ 5 Zulassung verspäteter Klagen	334
§ 6 Verlängerte Anrufungsfrist	334
§ 7 Wirksamwerden der Kündigung	334
§ 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	334
§ 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers	334
§ 10 Höhe der Abfindung	335
§ 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst	335
§ 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	335
§ 13 Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen	335
§ 14 Angestellte in leitender Stellung	336
Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung	336
§ 15 Unzulässigkeit der Kündigung	336
§ 16 Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	337
Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen	338
§ 17 Anzeigepflicht	338
§ 18 Entlassungssperre	339
§ 19 Zulässigkeit von Kurzarbeit	339
§ 20 Entscheidungen der Agentur für Arbeit	339
§ 21 Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit	340
§ 22 Ausnahmefälle	340
Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen	340
§ 23 Geltungsbereich	340
§ 24 Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs	340
§ 25 Kündigung in Arbeitskämpfen	341
§ 25a Berlin-Klausel	341
§ 26 Inkrafttreten	341

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abschnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns	344
Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns	344
§ 1 Mindestlohn	344

§ 2	Fälligkeit des Mindestlohns.....	344
§ 3	Unabdingbarkeit des Mindestlohns.....	344
Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission.....		344
§ 4	Aufgabe und Zusammensetzung.....	344
§ 5	Stimmberechtigte Mitglieder	345
§ 6	Vorsitz	345
§ 7	Beratende Mitglieder	345
§ 8	Rechtsstellung der Mitglieder	345
§ 9	Beschluss der Mindestlohnkommission.....	346
§ 10	Verfahren der Mindestlohnkommission	346
§ 11	Rechtsverordnung.....	347
§ 12	Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft	347
Abschnitt 2 – Civilrechtliche Durchsetzung.....		347
§ 13	Haftung des Auftraggebers	347
Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden.....		347
§ 14	Zuständigkeit.....	347
§ 15	Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	347
§ 16	Meldepflicht.....	347
§ 17	Erstellen und Bereithalten von Dokumenten.....	349
§ 18	Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden.....	349
§ 19	Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge.....	350
§ 20	Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns.....	350
§ 21	Bußgeldvorschriften.....	350
Abschnitt 4 – Schlussvorschriften		351
§ 22	Personlicher Anwendungsbereich.....	351
§ 23	Evaluation	352
§ 24	Übergangsregelung.....	352

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1	Anwendungsbereich	354
§ 2	Nachweispflicht	354
§ 3	Änderung der Angaben	356
§ 4	Bußgeldvorschriften.....	356
§ 5	Übergangsvorschrift	356
§ 6	Unabdingbarkeit.....	356

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	358
§ 2	Kurzzeitige Arbeitsverhinderung.....	358
§ 3	Pflegezeit und sonstige Freistellungen.....	358
§ 4	Dauer der Inanspruchnahme	359
§ 4a	Erneute Pflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	360
§ 5	Kündigungsschutz.....	360
§ 6	Befristete Verträge	360
§ 7	Begriffsbestimmungen	361
§ 8	Unabdingbarkeit.....	361
§ 9	(aufgehoben)	361

Siebtes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung (Auszug) – SGB VII

Erstes Kapitel – Aufgaben, versicherter Personenkreis, Versicherungsfall.....	364
Erster Abschnitt – Aufgaben der Unfallversicherung.....	364
§ 1 Prävention, Rehabilitation, Entschädigung	364
Zweiter Abschnitt – Versicherter Personenkreis.....	364
§ 2 Versicherung kraft Gesetzes	364
§ 3 Versicherung kraft Satzung	365
§ 4 Versicherungsfreiheit.....	368
§ 6 Freiwillige Versicherung.....	369
Dritter Abschnitt – Versicherungsfall.....	369
§ 7 Begriff.....	369
§ 8 Arbeitsunfall	369
§ 9 Berufskrankheit.....	370
§ 11 Mittelbare Folgen eines Versicherungsfalls	373
§ 12 Versicherungsfall einer Leibesfrucht	373
§ 12a Gesundheitsschaden im Zusammenhang mit der Spende von Blut oder körpereigenen Organen, Organateilen oder Gewebe	373
§ 13 Sachschäden bei Hilfeleistungen	373
Zweites Kapitel – Prävention.....	374
§ 14 Grundsatz	374
§ 15 Unfallverhütungsvorschriften	374
§ 16 Geltung bei Zuständigkeit anderer Unfallversicherungsträger und für ausländische Unternehmen	376
§ 17 Überwachung und Beratung.....	376
§ 18 Aufsichtspersonen	376
§ 19 Befugnisse der Aufsichtspersonen	376
§ 20 Zusammenarbeit mit Dritten	377
§ 21 Verantwortung des Unternehmers, Mitwirkung der Versicherten	379
§ 22 Sicherheitsbeauftragte	379
§ 23 Aus- und Fortbildung.....	379
§ 24 Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst	380
Drittes Kapitel – Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalls	380
Erster Abschnitt – Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen, Pflege, Geldleistungen.....	380
Erster Unterabschnitt – Anspruch und Leistungsarten	380
§ 26 Grundsatz	380
Zweiter Unterabschnitt – Heilbehandlung	381
§ 27 Umfang der Heilbehandlung	381
§ 28 Ärztliche und zahnärztliche Behandlung	381
§ 29 Arznei- und Verbandmittel	382
§ 30 Heilmittel	382
§ 31 Hilfsmittel	382
§ 32 Häusliche Krankenpflege	382
§ 33 Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen	383
§ 34 Durchführung der Heilbehandlung	383
Dritter Unterabschnitt – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	384
§ 35 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	384
Vierter Unterabschnitt – Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	384
§ 39 Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	384
§ 40 Kraftfahrzeughilfe	384

§ 41	Wohnungshilfe.....	385
§ 42	Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten	385
§ 43	Reisekosten.....	385
Fünfter Unterabschnitt – Leistungen bei Pflegebedürftigkeit.....		385
§ 44	Pflege	385
Sechster Unterabschnitt – Geldleistungen während der Heilbehandlung und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.....		386
§ 45	Voraussetzungen für das Verletzungsgeld.....	386
§ 46	Beginn und Ende des Verletzungsgeldes.....	387
§ 47	Höhe des Verletzungsgeldes.....	387
§ 47a	Beitragszahlung der Unfallversicherungsträger an berufsständische Versorgungseinrichtungen und private Krankenversicherungen	389
§ 48	Verletzungsgeld bei Wiedererkrankung	389
§ 49	Übergangsgeld	389
§ 50	Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes.....	389
§ 52	Anrechnung von Einkommen auf Verletzten- und Übergangsgeld	389
Zweiter Abschnitt – Renten, Beihilfen, Abfindungen		389
Erster Unterabschnitt – Renten an Versicherte		389
§ 56	Voraussetzungen und Höhe des Rentenanspruchs	389
§ 57	Erhöhung der Rente bei Schwerverletzten	390
§ 58	Erhöhung der Rente bei Arbeitslosigkeit	390
§ 59	Höchstbetrag bei mehreren Renten	390
§ 60	Minderung bei Heimpflege	390
§ 62	Rente als vorläufige Entschädigung	391
Dritter Unterabschnitt – Beginn, Änderung und Ende von Renten.....		391
§ 72	Beginn von Renten.....	391
§ 73	Änderungen und Ende von Renten	391
§ 74	Ausnahmeregelungen für die Änderung von Renten	392
Vierter Unterabschnitt – Abfindung		392
§ 75	Abfindung mit einer Gesamtvergütung.....	392
§ 76	Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 40 vom Hundert	392
§ 77	Wiederaufleben der abgefundenen Rente	392
§ 78	Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 40 vom Hundert	392
§ 79	Umfang der Abfindung	393
§ 80	Abfindung bei Wiederheirat.....	393
Dritter Abschnitt – Jahresarbeitsverdienst.....		393
Erster Unterabschnitt – Allgemeines		393
§ 81	Jahresarbeitsverdienst als Berechnungsgrundlage	393
Zweiter Unterabschnitt – Erstmalige Festsetzung		394
§ 82	Regelberechnung	394
§ 83	Jahresarbeitsverdienst kraft Satzung	394
§ 84	Jahresarbeitsverdienst bei Berufskrankheiten	394
§ 85	Mindest- und Höchstjahresarbeitsverdienst	394
§ 87	Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen	395
§ 88	Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes für Hinterbliebene	395
§ 89	Berücksichtigung von Anpassungen.....	395
Dritter Unterabschnitt – Neufestsetzung		395
§ 90	Neufestsetzung nach Altersstufen	395
§ 91	Neufestsetzung nach Schul- oder Berufsausbildung	396

Vierter Abschnitt – Mehrleistungen	396
§ 94 Mehrleistungen	396
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften für Leistungen.....	397
§ 95 Anpassung von Geldleistungen.....	397
§ 96 Fälligkeit, Auszahlung und Berechnungsgrundsätze.....	397
§ 97 Leistungen ins Ausland.....	398
§ 98 Anrechnung anderer Leistungen.....	398
§ 101 Ausschluß oder Minderung von Leistungen.....	399
§ 102 Schriftform.....	399
§ 103 Zwischennachricht, Unfalluntersuchung.....	399
Viertes Kapitel – Haftung von Unternehmern, Unternehmensangehörigen und anderen Personen	399
Erster Abschnitt – Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen.....	399
§ 104 Beschränkung der Haftung der Unternehmer.....	399
§ 105 Beschränkung der Haftung anderer im Betrieb tätiger Personen.....	400
§ 106 Beschränkung der Haftung anderer Personen	400
§ 108 Bindung der Gerichte	400
§ 109 Feststellungsberechtigung von in der Haftung beschränkten Personen	400
Zweiter Abschnitt – Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern.....	401
§ 110 Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	401
§ 111 Haftung des Unternehmens	401
§ 112 Bindung der Gerichte	401
§ 113 Verjährung	401
Fünftes Kapitel – Organisation	402
Erster Abschnitt – Unfallversicherungsträger	402
§ 114 Unfallversicherungsträger	402
Vierter Unterabschnitt – Gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit	402
§ 130 Örtliche Zuständigkeit.....	402
§ 131 Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen	403
§ 132 Zuständigkeit für Unfallversicherungsträger	403
§ 133 Zuständigkeit für Versicherte	403
§ 134 Zuständigkeit bei Berufskrankheiten	403
§ 135 Versicherung nach mehreren Vorschriften.....	404
§ 136 Bescheid über die Zuständigkeit, Begriff des Unternehmers	405
§ 137 Wirkung von Zuständigkeitsänderungen.....	406
§ 138 Unterrichtung der Versicherten.....	406
§ 139 Vorläufige Zuständigkeit.....	406
§ 139a Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland	406
Dritter Abschnitt – Weitere Versicherungseinrichtungen	407
§ 140 Haftpflicht- und Auslandsversicherung	407
§ 141 Träger der Versicherungseinrichtungen, Aufsicht.....	407
Sechstes Kapitel – Aufbringung der Mittel	407
Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....	407
Erster Unterabschnitt – Beitragspflicht	407
§ 150 Beitragspflichtige	407
§ 151 Beitragserhebung bei überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Diensten	408
Zweiter Abschnitt – Beziehungen der Unfallversicherungsträger zu Dritten	408
§ 191 Unterstützungspflicht der Unternehmer.....	408
§ 192 Mitteilungs- und Auskunftspflichten von Unternehmern und Bauherren	408

§ 193	Pflicht zur Anzeige eines Versicherungsfalls durch die Unternehmer	409
§ 195	Unterstützungs- und Mitteilungspflichten von Kammern und der für die Erteilung einer Gewerbe- oder Bauerlaubnis zuständigen Behörden.....	410
	Achtes Kapitel – Datenschutz	411
	Erster Abschnitt – Grundsätze	411
§ 199	Verarbeitung von Daten durch die Unfallversicherungsträger.....	411
§ 200	Einschränkung der Übermittlungsbefugnis.....	411
	Zweiter Abschnitt – Datenverarbeitung durch Ärzte.....	411
§ 201	Erhebung, Speicherung und Übermittlung von Daten durch Ärzte und Psychotherapeuten.....	411
§ 202	Anzeigepflicht von Ärzten bei Berufskrankheiten	412
§ 203	Auskunfts pflicht von Ärzten.....	412
	Vierter Abschnitt – Sonstige Vorschriften	412
§ 206	Verarbeitung von Daten für die Forschung zur Bekämpfung von Berufskrankheiten	412
§ 207	Verarbeitung von Daten zur Verhütung von Versicherungsfällen und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren	413
	Neuntes Kapitel – Bußgeldvorschriften	413
§ 209	Bußgeldvorschriften.....	413
§ 210	Zuständige Verwaltungsbehörde	414
§ 211	Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	414
	Zehntes Kapitel – Übergangsrecht	415
§ 219a	Altersrückstellungen	415
	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Auszug) – SGB IX	
	Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen.....	418
	Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften	418
§ 2	Begriffsbestimmungen	418
	Kapitel 10 – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	418
§ 49	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung	418
§ 50	Leistungen an Arbeitgeber	420
§ 51	Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation	421
§ 52	Rechtsstellung der Teilnehmenden	421
§ 53	Dauer von Leistungen	421
§ 54	Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit	422
§ 55	Unterstützte Beschäftigung	422
§ 56	Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen	423
§ 57	Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich	423
§ 58	Leistungen im Arbeitsbereich	424
§ 60	Anderer Leistungsanbieter	425
§ 61	Budget für Arbeit	425
§ 61a	Budget für Ausbildung	426
§ 62	Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen	426
§ 63	Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen	426
	Kapitel 11 – Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen	427
§ 64	Ergänzende Leistungen	427
§ 65	Leistungen zum Lebensunterhalt	428
§ 66	Höhe und Berechnung des Übergangsgelds	429
§ 67	Berechnung des Regelentgelts	429
§ 68	Berechnungsgrundlage in Sonderfällen	430
§ 69	Kontinuität der Bemessungsgrundlage	430

§ 70	Anpassung der Entgeltersatzleistungen	431
§ 71	Weiterzahlung der Leistungen	431
§ 72	Einkommensanrechnung	432
Teil 2 – Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht).....		432
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		432
§ 97	Fachkräfte.....	432
Kapitel 4 – Teilhabe am Arbeitsleben		433
§ 111	Leistungen zur Beschäftigung.....	433
Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)		433
Kapitel 1 – Geschützter Personenkreis.....		433
§ 151	Geltungsbereich	433
Kapitel 2 – Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber		434
§ 154	Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.....	434
§ 155	Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	434
§ 156	Begriff des Arbeitsplatzes.....	435
§ 157	Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl.....	435
§ 158	Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen.....	435
§ 159	Mehrfachanrechnung	436
§ 160	Ausgleichsabgabe	436
§ 161	Ausgleichsfonds	438
§ 162	Verordnungsermächtigungen	438
Kapitel 3 – Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen		439
§ 163	Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	439
§ 164	Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen	440
§ 165	Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber	441
§ 166	Inklusionsvereinbarung	441
§ 167	Prävention	442
Kapitel 4 – Kündigungsschutz		442
§ 168	Erfordernis der Zustimmung	442
§ 169	Kündigungsfrist	442
§ 170	Antragsverfahren	442
§ 171	Entscheidung des Integrationsamtes	442
§ 172	Einschränkungen der Ermessensentscheidung	443
§ 173	Ausnahmen	443
§ 174	Außerordentliche Kündigung	444
§ 175	Erweiterter Beendigungsschutz	444
Kapitel 5 – Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers		445
§ 176	Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	445
§ 178	Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	445
§ 181	Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	446
§ 182	Zusammenarbeit	446
Kapitel 6 – Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen.....		447
§ 185a	Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	447
Kapitel 7 – Integrationsfachdienste		447
§ 192	Begriff und Personenkreis	447
§ 193	Aufgaben	448

Kapitel 8 – Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen	449
§ 199 Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	449
§ 200 Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen.....	449
Kapitel 10 – Sonstige Vorschriften	449
§ 205 Vorrang der schwerbehinderten Menschen.....	449
§ 206 Arbeitsentgelt und Dienstbezüge.....	449
§ 207 Mehrarbeit	450
§ 208 Zusatzurlaub.....	450
§ 209 Nachteilsausgleich	450
§ 210 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit.....	450
Kapitel 11 – Inklusionsbetriebe.....	451
§ 215 Begriff und Personenkreis.....	451
§ 216 Aufgaben.....	452
Kapitel 12 – Werkstätten für behinderte Menschen.....	452
§ 223 Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe.....	452
Kapitel 14 – Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften	452
§ 237a Strafvorschriften.....	452
§ 237b Strafvorschriften.....	452
§ 238 Bußgeldvorschriften.....	453
§ 241 Übergangsregelung	453

Strafgesetzbuch (Auszug) – StGB

Besonderer Teil	458
Siebenter Abschnitt – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	458
§ 131 Gewaltdarstellung	458
Zehnter Abschnitt – Falsche Verdächtigung	458
§ 164 Falsche Verdächtigung	458
Dreizehnter Abschnitt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	458
§ 174 Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen	458
§ 177 Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung.....	459
§ 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger	460
§ 182 Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen.....	461
§ 184i Sexuelle Belästigung.....	461
§ 184k Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen	461
Vierzehnter Abschnitt – Beleidigung.....	462
§ 185 Beleidigung.....	462
§ 186 Üble Nachrede.....	462
§ 187 Verleumdung	462
Fünfzehnter Abschnitt – Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs	462
§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	462
§ 201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen.....	463
Siebzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	464
§ 223 Körperverletzung.....	464
§ 224 Gefährliche Körperverletzung	464
§ 225 Mißhandlung von Schutzbefohlenen	464

Achtzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die persönliche Freiheit.....	464
§ 238 Nachstellung.....	464
§ 240 Nötigung.....	465
§ 241 Bedrohung.....	466

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz	468
§ 1 Zielsetzung	468
§ 2 Begriff des teilzeitbeschäftigen Arbeitnehmers.....	468
§ 3 Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....	468
§ 4 Verbot der Diskriminierung.....	468
§ 5 Beteiligungsvorbot	469
Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....	469
§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit.....	469
§ 7 Ausschreibung; Erörterung; Information über freie Arbeitsplätze	469
§ 8 Zeitlich nicht begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	469
§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit	470
§ 9a Zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit	470
§ 10 Aus- und Weiterbildung.....	471
§ 11 Kündigungsverbot	471
§ 12 Arbeit auf Abruf	472
§ 13 Arbeitsplatzteilung	472
Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge	473
§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....	473
§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages	474
§ 16 Folgen unwirksamer Befristung	474
§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts	474
§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze	474
§ 19 Aus- und Weiterbildung.....	475
§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung	475
§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge	475
Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften	475
§ 22 Abweichende Vereinbarungen	475
§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....	475

Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV

§ 1	478
§ 2 (aufgehoben)	478
§ 3	478

Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug) – ArbMedVV

§ 1 Ziel und Anwendungsbereich	480
§ 2 Begriffsbestimmungen	480
§ 3 Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers.....	480
§ 4 Pflichtvorsorge.....	481
§ 5 Angebotsvorsorge	481
§ 5a Wunschvorsorge	481
§ 6 Pflichten des Arztes oder der Ärztin	482
§ 7 Anforderungen an den Arzt oder die Ärztin	482
§ 8 Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge	483
§ 9 Ausschuss für Arbeitsmedizin	483
§ 10 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	484